

Inhalt

Zur Einführung	II
---------------------------------	-----------

I Volkssouveränität und Verfassung

1 Volkssouveränität: Usurpation durch die politische Klasse	15
2 Verfassung: Sicherung oder Gefährdung des Gemeinwohls?	22
3 Politische Klasse: Der heimliche Souverän	26
4 Norm und Wirklichkeit: Die Verfassung steht nur auf dem Papier	30
5 Repräsentation und Partizipation: Dichtung statt Wahrheit	35
6 Selbstbedienung: Entscheidung der Politik in eigener Sache	37

II Wahlen

1 Wahlen: Das entwertete Fundamentalrecht der Bürger	39
2 Wahl von Abgeordneten: Inszenierter Schein	42
3 Europa: Wahl ohne Auswahl	46
4 Wahlbeteiligung: Stell' dir vor, es sind Wahlen, und keiner geht hin	48
5 Diskriminierung von neuen Parteien und Wählergemeinschaften: Politik als Closed Shop	51
6 Fünf-Prozent-Klausel: Willkommene Barriere gegen Konkurrenz	57
7 Europäische Union: Eine Scheindemokratie	64
8 Vorwahlen: Wider das Monopol der Parteien	68

9	Begrenzung der Amtszeit: Zwei Wahlperioden sind genug	70
---	--	----

III Direkte Demokratie

1	Direkte Demokratie: Deutschland, ein Entwicklungsland	73
2	Wie die politische Klasse den Souverän verachtet: Hamburger Lehrstück in Machtmissbrauch	81
3	Reform der Kommunalverfassung: Die legale Revolution	84
4	Direktwahl des Ministerpräsidenten: Eine Antwort auf das Fünf-Parteien-System	89

IV Politische Parteien

1	Parteibuchwirtschaft: Die Kolonisierung von Staat und Verwaltung	92
2	Staatliche Parteienfinanzierung: Die Verfassungsväter würden sich im Grabe drehen	98
3	Parteien im Schlaraffenland: Und sie wollen immer mehr	104
4	Parteisteuern: Wie die Parteien ihre Zöglinge melken	111
5	Spenden an Parteien und Abgeordnete: Institutionalisierte Korruption	114
6	Parteistiftungen: Die gesetzlosen Sechs	120
7	Der Parteienstaat: Leibholz' schweres Erbe	124
8	Parteiinterne Ochsentour: Lebensferne Tretmühle zur Macht	126
9	Politische Parteien: Korrupte Organisationen?	129

V Abgeordnete

1	Abgeordnete: Parteifunktionäre statt Volksvertreter	138
2	Diätenerhöhung: Wie Abgeordnete sich selbst bedienen und die Wahrheit verdrehen	140
3	Zusatzeinkommen von Abgeordneten: Volle Publikation unerlässlich	149

4	Landtagsabgeordnete: Volle Bezahlung für Halbtagsjob	152
5	Freiheit des Mandats: Ein schöner Traum	157
6	Parlamentarische Unverantwortlichkeit von Abgeordneten: Ein überholtes Vorrecht	160
7	Abgeordnetenmitarbeiter: Missbrauch von Steuergeld	162
8	Europäische Union: Schlaraffenland für Politiker und Parteien	164
9	Berufspolitiker: Dilettanten im Amt?	167
10	Entschädigung: Der Stein der Weisen	171

VI Parlamente

1	Die demokratische Legitimation des Bundestags: Eine bloße politische Formel	175
2	Verbeamtung: Die sogenannte Repräsentation des Volkes	178
3	Der lange Arm der politischen Klasse: Der Wissenschaftspreis des Bundestags	181
4	Europaparlament: Kein Parlament	185
5	Sofortmaßnahmen: Gegen Unverantwortlichkeit und Verdrossenheit	186

VII Gewaltenteilung

1	Erosion der Gewaltenteilung: Eine rechtsstaatlich-demokratische Bankrotterklärung	190
2	Minister als Abgeordnete: Ein unmöglicher Spagat	194
3	Staatsanwälte: Am Zügel der Politik	196
4	Parteienfinanzierung: Scheinkontrolle durch das Bundesverfassungsgericht	200
5	Hofkommissionen: Irreführung der Öffentlichkeit	203
6	Bundespräsident: Von der Macht eines Machtlosen	207

VIII Föderalismus und Bundesländer

- I Neugliederung der Bundesländer:
Versagen aus Opportunismus 211
- 2 Der gefesselte Riese: Konstitutionelle Lähmung
der Republik 214
- 3 Perversion der Politik:
Organisierte Unverantwortlichkeit 217

IX Gerichte

- I Prozesse von endloser Dauer:
Wer richtet die Richter? 221
- 2 Richter: Ohne Verantwortung? 225
- 3 Die Kleinen hängt man, die Großen
lässt man laufen: Der Deal im Strafprozess 227

X Wissenschaft und Schulen

- I Wissenschaft an den Problemen vorbei:
Warum Staatsrechtslehre und Politikwissenschaft
versagen 232
- 2 Staatsrechtslehre: Nicht ohne faschistische
U-Boote 234
- 3 Schulen und Lehrer: Vernachlässigung des
Wichtigsten 236

XI Medien

- I Die vierte Gewalt: Ein Teil des Problems 239
- 2 Politische Korrektheit: Öffentliches Leugnen
privater Wahrheit 242
- 3 Talkshows: Fernsehen als Parlamentsersatz? 245
- 4 Außen- und Europapolitik:
Mediale Inszenierung 246

XII Folgen der Wiedervereinigung

- I Die verspielte Einheit: Aus Machtstreben
und Gewinn gier 249
- 2 Die sogenannte Bodenreform:
Unrecht aus Opportunität 254

XIII Wirtschaft

- I Der Mittelstand: Zwischen allen Stühlen 257
- 2 Überzogene Vorstandsgehälter trotz Misswirtschaft:
Wer kontrolliert die Wirtschaftsbosse? 259
- 3 Diener vieler Herren: In der Wirtschaft ganz
normal? 266
- 4 Kontrollierte Kontrolleure: »Gleichschaltung« von
Betriebsräten 268
- 5 Strompreise in Deutschland: Gegen die
Konzerne scheint kein Kraut gewachsen 272
- 6 Landesbanken: Vom Prestigeinstitut zum
Klotz am Bein 274
- 7 Funktionäre: Unselige Macher in Politik,
Verwaltung, Wirtschaft und Verbänden 277

XIV Lobbying und Pluralismus

- I Lobbying: Zwischen Notwendigkeit und
Missbrauch 280
- 2 Pluralismus: Wunsch und Wirklichkeit 285

XV Korruption

- I Politische Korruption: In Deutschland erlaubt 289
- 2 Pantouflage: Wie man sein Amt ungestraft
zu Geld macht 292
- 3 Sponsoring der öffentlichen Hand: Zwischen
Wohltätigkeit, Werbung und Korruption 295
- 4 Whistleblower: Denunziant oder Anwalt des
öffentlichen Interesses? 296
- 5 Flick-Skandal: Sturz einer Regierung 298

XVI Zukunft unserer Kinder

- I Mangelnde Nachhaltigkeit:
Das strukturelle Defizit 301
- 2 Staatsverschuldung: Geißel der Nationen 305
- 3 Dinks (Double income, no kids):
Verweigerung der Verantwortung 308

4 Kinderwahlrecht: Institutionelle Stärkung der Zukunft	311
Des Buches roter Faden	314
Zum Schluss: 16 Thesen	341
Personenregister	345
Sachregister	351

Zur Einführung

Politiker und Honoratioren, die bei öffentlichen Anlässen die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse Deutschlands in den Blick nehmen, kommen nur allzu gern in Festtagslaune und streichen die Sternstunden der deutschen Demokratie heraus. In diesem Buch wird die andere Geschichte der Republik hinter den vollmundigen Erfolgsmeldungen erzählt. Hier trifft der Leser auf eine erschreckende Fülle von Versäumnissen, gezielten Täuschungen, Rechtsbrüchen und politischer Verantwortungslosigkeit. Aus purem Egoismus haben vor allem die politische und die wirtschaftliche Klasse in erstaunlicher Kontinuität seit den Gründungsjahren die Weichen falsch gestellt und dringend notwendige Anpassungen unterlassen. Angesichts der Unterdrückung dieser Schattenseite unserer Demokratie in der öffentlichen Diskussion erscheint es legitim, sie hier besonders hervorzuheben. Ist die Rute verbogen, so sagt schon das Sprichwort, kann man sie nur richten, indem man sie nach der anderen Seite biegt. Das Buch handelt deshalb von Tatsachen und Zusammenhängen, die aus Gründen der Ideologie und der sogenannten politischen Korrektheit meist ungenannt bleiben. Von Sachverhalten, die aus dem Sprachgebrauch verbannt, und von Begriffen, denen ein Inhalt untergeschoben wird, der mit ihrer eigentlichen Bedeutung nichts mehr zu tun hat. Die Dinge beim Namen nennen und mit den Problemen offen umgehen ist erste Voraussetzung für eine Wende zum Besseren und die Entwicklung konkreter Reformvorschläge.

Für den unvorbereiteten Leser mag die Ansammlung von Aufregern, die das Buch enthält, wie ein Schock wirken. Immerhin wird der Stoff dadurch leichter verdaulich, dass er in wohlbemessene Portionen aufgeteilt ist. In 82 in sich geschlossenen Texten, die in 16 Kapitel gegliedert sind, werden Defizite und

Auswüchse in Politik, Gerichtsbarkeit und Wirtschaft beleuchtet. Das neue Format entspricht einem vielfachen Wunsch von Lesern nach handlicher und eingängiger Darstellung. Anders als sonst bei Sachbüchern muss man sich nicht erst lange einlesen, um wirklich etwas »mitzunehmen«. Die kompakten Texte fördern Erschütterndes zu Tage, regen zu unkonventionellem Nachdenken an, und vielleicht stimulieren sie sogar zu politischem Handeln. Man kann sich je nach Geschmack in kürzester Zeit informieren oder – dank der Querverweise, des zusammenfassenden Schlusskapitels und der 16 Thesen am Ende des Buches – auch intensiver mit der Sache beschäftigen.

Das Buch ist die Quintessenz intensiver Recherchen des Autors auf der Basis jahrzehntelanger Beschäftigung mit den politisch-gesellschaftlichen Zuständen in Deutschland. Wer sich nicht vom vordergründigen Schein blenden lassen will, findet hier die richtige Anleitung und die nötige Aufklärung, die »neuen Kleider« der heute Mächtigen zu durchschauen und die politische und wirtschaftliche Klasse nackt dastehen zu sehen.

Die einzelnen Texte sind nicht isoliert aneinandergereiht, sondern werden durch ein inneres Band zusammengehalten. Indem die Ziele und Motive der Akteure – die von den öffentlich behaupteten völlig abweichen – hinterfragt werden, wird der übergreifende Zusammenhang deutlich. Das – ansonsten sorgfältig verborgene – Netzwerk hinter dem auf der Schaubühne präsentierten Politstück wird erkennbar. Zugleich zeigt sich, dass und auf welche Weise die Institutionen, die dieser Doppelzüngigkeit Vorschub leisten, allmählich von den Akteuren selbst deformiert worden sind, um ihre egoistischen Ziele besser durchsetzen zu können. Das Ergebnis ist eine krasse Diskrepanz zwischen dem öffentlich immer wieder beschworenen Ideal und den real existierenden Zuständen, die sich – angesichts der Herausforderungen, vor denen unser Gemeinwesen steht – als fatal zu erweisen droht. Denn die verdorbenen Institutionen passen nicht mehr und verlieren ihre Steuerungskraft. Die gesetzten Anreize und Schranken vermögen die Akteure in Politik, Verwaltung und Wirtschaft nicht mehr so zu dirigieren, dass ihre Entscheidungen möglichst zum Vorteil für die Gemeinschaft ausschlagen. Es herrscht ein Zustand organisierter Unverantwortlichkeit.

Die Zusammenhänge, die zur Verdeutlichung der großen Linie am Schluss dieses Buches ausführlicher dargestellt sind, werden nirgendwo sonst thematisiert, weder von der etablierten Wissenschaft noch von der Publizistik. Einzelne Problemfälle treten zwar immer wieder in Erscheinung. Oft werden sie auch skandalisiert und sind deshalb unübersehbar. Doch was diese Welt »im Innersten zusammenhält«, das eigensüchtige Streben der sogenannten Eliten, ihre weit gesponnenen Beziehungsgeflechte und die spezifische Wirkungsweise der pervertierten Institutionen, bleibt im Verborgenen. Fast alle staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wortführer halten an einem normativ aufgeladenen, aber wirklichkeitsfernen Bild von sich selbst und von der Funktionsweise unserer Institutionen fest. Die Zusammenhänge herzustellen und die Realverfassung unseres Landes hinter den auf Glanzpapier vorgeschobenen Normativverfassungen zu enthüllen gilt als tabu. Solche Entzauberung müsste, so scheint man instinktiv zu befürchten, ja auch die Grundvorstellungen, auf denen Staat und Gesellschaft beruhen, ins Wanken bringen und die Legitimität der Herrschaft im Staat, in der Wirtschaft, in Verbänden und Medien erschüttern. In Wahrheit kann nur ungeschminkte Offenheit die Basis schaffen, um die tief gehenden Defizite unseres Gemeinwesens zum Wohle aller zu beseitigen. Der Idee nach hat die Demokratie ja auch den großen Vorzug, dass sie die öffentliche Diskussion ihrer Mängel erlaubt und so einer Versteinerung vorbeugt und ihre Leistungsfähigkeit auch gegenüber neuen Herausforderungen bewahrt.

Hält man sich also nicht an die Tabuisierung – und das sollte die ureigenste Aufgabe des Wissenschaftlers sein – und schiebt den interessen- und machtbedingten Schleier beiseite, entsteht ein Gesamtbild, das zu schlüssigen Erklärungen führt und weitgehende Folgerungen für Staat und Gesellschaft erzwingt. Das dafür erforderliche theoretische Rüstzeug ist im Ansatz da und dort und in unterschiedlichen Disziplinen durchaus vorhanden. Aber auch die Wissenschaft ist schwerfällig wie ein Tanker und vermag nur ganz langsam eine neue Richtung einzuschlagen. Zudem stehen diejenigen Wissenschaftler, die sich mit Parteien, Verbänden etc. befassen, diesen meist so nahe, dass sie ihnen nicht wehtun wollen. Deshalb scheut man davor zurück, die isolierten Ansätze zu einem problemorientierten Ganzen zu-

sammenzufügen, eine umfassende Gesamtsicht zu entwickeln und diese konsequent auf die verschiedenen Bereiche unseres Gemeinwesens anzuwenden. Genau dies aber wird im vorliegenden Buch versucht.

Zum Schluss: 16 Thesen

Die Essenz des Buches lässt sich in 16 Thesen zusammenfassen, die zum Schluss noch einmal die Grundgedanken verdeutlichen sollen, die das ganze Buch durchziehen:

1. Die eigentlichen Macher in unserem Gemeinwesen sind nicht der Staat, die Parteien, die Verbände, die Unternehmen und die Medien als Ganze, sondern hauptberufliche Akteure *innerhalb* dieser Organisationen. Sie besitzen gewaltige geliehene Macht und einen großen Handlungsspielraum, unterliegen aber nur eingeschränkter Kontrolle und keiner persönlichen Haftung. Die enorme Tragweite ihrer Entscheidungen steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer mangelnden Verantwortlichkeit. Dagegen haben die Bürger und die einfachen Mitglieder der Parteien und Verbände – trotz aller Beschwörung von Demokratie – in der Praxis wenig zu sagen. Das gilt auch für (Klein-)Aktionäre von Großunternehmen, Gebührenzahler von Fernsehanstalten und Konsumenten aller Art.
2. Jene Akteure handeln – entgegen ihrer Selbstbeschreibung – oft nicht im öffentlichen Interesse, sondern in ihrem eigenen. Das berufliche Ethos bestimmter Professionen bildet nicht immer ein ausreichendes Gegengewicht und besteht auch nicht überall.
3. Am klarsten wurde das Problem in der Politik erkannt. Deshalb suchen die geistigen Väter der demokratischen Verfassung den Egoismus von Staatsfunktionären durch mehrere wohldurchdachte Vorkehrungen unter Kontrolle zu bringen: durch Bindung der Politik an die Verfassung, durch Gewaltenteilung, politischen Wettbewerb und die Verantwortlichkeit der Parteien und Politiker gegenüber den Wählern.

4. Doch die Verfassung unserer Republik ist nicht im Himmel oder von Philosophen gemacht, sondern von denen, die sie eigentlich zähmen soll, den Berufspolitikern. Diese haben in ihren Parteien nicht nur ein jahrzehntelanges Training genossen, wie man politische Kämpfe erfolgreich besteht und Macht und Posten erwirbt. Sie sitzen auch mitten im Staat an den Hebeln der Macht und können dort ihre Interessen in Gesetze, öffentliche Haushalte und selbst in die Verfassung einfließen lassen.
5. Berufspolitiker bilden im Bewusstsein ihrer gemeinsamen Interessen und ihrer Gestaltungsmacht – über Fraktions- und Föderalismusgrenzen hinweg – eine »politische Klasse«.
6. Diese hat die grundlegenden Normen, nach denen politische Macht erworben und gesichert wird, und die Institutionen, in denen sie ausgeübt wird, im Laufe der Jahrzehnte im eigenen kurzsichtigen Interesse immer mehr verfälscht: Verfassung, Gewaltenteilung und politischer Wettbewerb werden unterlaufen. Scheinwahlen und überzogene Politikfinanzierung herrschen vor, Missbräuche bei der Beamten- und Richterernennung sind an der Tagesordnung. Aus Volkssouveränität ist die Souveränität der politischen Klasse geworden, deren Verantwortlichkeit gegenüber den Wählern aufgehoben ist. Das hat sie zum neuzeitlichen absoluten Herrscher gemacht und die Richtung der politischen Willensbildung, die in der Demokratie eigentlich von unten nach oben verlaufen sollte, umgedreht.
7. Mangels Volkssouveränität und mangels Wahl der Abgeordneten durch die Bürger fehlt dem gesamten politischen System die demokratische Legitimation. Diese wird als politische Formel nur vorgeschoben und dient dazu, die Monopolmacht der politischen Klasse zu camouflieren. Die pervertierten Institutionen lähmen die Handlungsfähigkeit der Politik. Wenn Demokratie Regierung durch das Volk und für das Volk ist, haben wir in Wahrheit gar keine.
8. In der deutschen Verwaltung und Gerichtsbarkeit ist zwar immer noch ein gewisses Berufsethos verbreitet, doch das bröckelt und kann ihre Angehörigen, auf Lebenszeit abgesichert und versorgt, nicht mehr zuverlässig unter Kontrolle halten. Spezialistenmentalität und eigene Interessen

- tendieren nach außen zu dirigistischen Maßnahmen, nach innen wuchern Ausdehnungstendenzen.
9. Viele Verbände und Kammern bieten Druckposten für ihre Funktionäre, die ohne wirksame Kontrolle ihrer Mitglieder vor allem ihr eigenes Fortkommen im Sinn haben. In ihrer Summe drohen Lobbyisten wegen der einseitigen Organisationskraft von Interessen die Fähigkeit der Politik, das Gemeinwohl und die Zukunft zu sichern, erst recht zu lähmen. Die Leitbilder des Pluralismus und des Korporatismus, die einen Ausgleich der Interessen versprechen, halten einer Nachprüfung nicht stand.
 10. Die Medien, besonders das Fernsehen, sind zu einer alles durchdringenden Macht aufgestiegen. Doch vielfach gieren politisch korrekte Meinungsmacher in vordergründiger Personalisierung und unkontrollierter Selbstverwirklichung vor allem nach Einschaltquoten und versäumen dabei ihre wichtigste Aufgabe: Mängel und Schwachstellen unseres Systems zu thematisieren.
 11. Manager von Großunternehmen, die für Verluste nicht haften und vertraglich nur relativ kurzfristig gebunden sind, haben sich einen Selbstbedienungsladen geschaffen, in dem die Verantwortung klein- und die Bezüge großgeschrieben werden. Selbst wer wegen völligen Versagens ausscheiden muss, wird bisweilen noch mit gigantischen Übergangsgeldern und Abfindungen belohnt.
 12. Die Akteure greifen systemwidrig auf andere Bereiche über: Politiker auf Verwaltung, Justiz, Medien und Wirtschaft; Manager, Verbandsfunktionäre und Medien auf Politik und Verwaltung. Dadurch stärken die einzelnen Akteure zwar ihre Position, beeinträchtigen aber erst recht das Funktionieren von Staat und Gesellschaft.
 13. Auch Berufsfunktionäre können allerdings die Belange ihrer nominellen Auftraggeber nicht allzu sehr vernachlässigen und deren Werte und Normen nicht völlig ignorieren. Sie pflegen sich deshalb als gemeinnützige Diener zu präsentieren, die nur am Wohl der Bürger bzw. ihres Unternehmens interessiert seien. Ihre wahren Motive und Verhaltensweisen, die sich öffentlich nicht rechtfertigen lassen, müssen sie verdecken. Wort und Tat fallen auseinander. Eine Doppelmoral, die den öffentlichen Diskurs vergiftet,

ist die Folge. Die von Eigeninteressen getragene Ideologie infiziert oft auch die veröffentlichte Meinung.

14. Der Doppelzüngigkeit entspricht eine gewaltige Diskrepanz von Soll und Ist. Zwischen dem von Bürgern und öffentlicher Meinung geforderten Bild und dem mangelbehafteten tatsächlichen Zustand unserer Republik besteht eine riesige Kluft. Zu ihrer Überbrückung werden Potemkin'sche Dörfer errichtet und Begriffe ideologisch verfälscht. Die Täuschung gelingt zwar nicht immer und schon gar nicht auf Dauer, sie trägt aber umso mehr zur allgemeinen Verdrossenheit bei.
15. Trotz aller Camouflage-Versuche stechen die Mängel unserer Systeme zunehmend ins Auge, seitdem die Ressourcen immer knapper und die Herausforderungen größer werden. Angesichts der Anforderungen des demografischen Wandels und der Globalisierung lässt sich die Frage immer schwerer unterdrücken, wie lange wir uns derart funktionswidrige Systeme noch leisten können.
16. Letztlich gibt es in der Demokratie nur eine Kraft, die in der Lage ist, die politische Klasse zu begrenzen und in eine adäquate Ordnung einzubinden: das Volk selbst. Gelingt es, die Bürger zu politisieren, die Elemente der direkten Demokratie zu nutzen und zu verbessern und durch grundlegende Reformen mehr Herrschaft *durch* und *für* das Volk, also echte Demokratie, herzustellen, können auch andere Bereiche leichter unter die Kontrolle der Gemeinschaft gebracht werden.

Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim
Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer
Tel. 06232 98123
Mail: vonarnim@dhv-speyer.de

Präsentation des Buchs

„Die Deutschlandakte. Was Politiker und Wirtschaftsbosse unserem Land antun“

am 6. Mai 2008 in Berlin

In der Politik geht es wie im Krieg darum, den strategischen Punkt zu finden, von dem aus man das Feld beherrscht. Als Napoleon die Stadt Toulon erobern wollte, wies er, statt auf die Stadt selbst, auf die Mündung der Reede, die die Schlüsselstellung für die Eroberung Toulons bildete, und sagte beharrlich „Hier liegt Toulon!“ Er errang so seinen ersten großen Sieg.

Auch in der Politikwissenschaft und der Staatsrechtslehre ist es wichtig, den strategischen Punkt zu finden, die Schlüsselstellung, von der alles andere abhängt.

Der Ausgangspunkt ist klar: Man muß Politikern viel Macht anvertrauen, sonst können sie ihre Aufgabe nicht erfüllen. Wie aber können sie daran gehindert werden, diese Macht zu missbrauchen, statt sie zum Wohle der ihnen anvertrauten Menschen einzusetzen? Das ist die Schlüsselfrage. Das ist unser Toulon.

Um das zu gewährleisten, müssen Politiker sich bei ihrem Handeln am Gemeinwohl orientieren. Das verlangt die Verfassung von allen Amtsträgern. Das verlangt auch die Öffentlichkeit von ihren politischen Repräsentanten.

In Wirklichkeit aber handeln Politiker vielfach nicht gemeinnützig, sondern eigennützig. Sie streben nach Macht, Einkommen und Status.

Auch dafür trifft die Verfassung Vorkehrungen: Eine solche Vorkehrung ist die Gewaltenteilung. Doch sie ist in unserer parlamentarischen Demokratie in Wahrheit verkümmert. Das sieht man plastisch daran, daß Mitglieder der Exekutive auch Sitz und Stimme in der Legislative haben. Sie müssten sich also selbst kontrollieren. Wie soll das gehen?

Eine dritte Vorkehrung gegen Machtmissbrauch in der Demokratie ist der politische Wettbewerb. Auch der wird aber durch politische Kartelle außer Kraft gesetzt – gerade wenn es um das Wichtigste geht – die Gestaltung der Regeln des Machterwerbs, insbesondere des Wahlrechts. Die politische Klasse, also die Berufspolitiker insgesamt, haben - über die Parteigrenzen hinweg - die

demokratischen Grundregeln im eigenen Interesse derart pervertiert, daß die Bürger nicht einmal mehr ihre Abgeordneten auswählen können. Selbst Regierungen werden hinter ihrem Rücken gebildet – durch Koalitionsvereinbarungen, die vorher niemand gewollt hat. Die Nachfolger der Ministerpräsidenten Stoiber und Milbrath wurden in Hinterzimmern ausgekungelt – ohne jede Beteiligung der Bürger.

Auch der ursprünglich so gut gemeinte Föderalismus wurde im Lauf der Zeit immer mehr verdorben und führt heute geradezu zu organisierter Unverantwortlichkeit.

Das Volk hat praktisch nichts mehr zu sagen. Aus Volkssouveränität ist die Souveränität der politischen Klasse geworden.

Die Entmachtung des Volkes steigert aber nicht etwa die Handlungsfähigkeit der Politik. Im Gegenteil: Die Systemmängel fördern auch ein Staats- und Politikversagen. Wir haben keine Herrschaft durch das Volk und für das Volk (um die berühmte Demokratiedefinition von Abraham Lincoln zu zitieren) - und damit keine wirkliche Demokratie.

Die allgemeine Verdrossenheit mit dem Funktionieren unseres Parteienstaates nimmt zu. Das zeigen Umfragen.

Auch die die Wahlbeteiligung sinkt und sinkt. Die politische Klasse vergißt darüber zwar Krokodilstränen. Doch sie hat dafür gesorgt, daß die abnehmende Wahlbeteiligung keine merklichen Konsequenzen für sie hat: Weder sinkt die Gesamtzahl der Parlamentsmandate entsprechend den abnehmenden Wählerstimmen (wie dies seinerzeit in der Weimarer Republik der Fall war) noch nimmt etwa die staatliche Parteienfinanzierung ab. Die Schatzmeister der Parteien haben vielmehr dafür sorgt, daß die Staatsfinanzierung – unabhängig von der Wahlbeteiligung – immer auf dem Höchststand bleibt.

Mittels Parteibuchwirtschaft kolonisiert die politische Klasse in parteiübergreifendem Konsens auch die Verwaltung. Selbst Kontrollinstanzen wie die Verfassungsgerichte und die Rechnungshöfe versucht man, „gleichzuschalten“ und ihnen den Biss zu nehmen. Die Zukontrollierenden wählen ihre Kontrolleure ja selbst aus und berufen häufig Leute, die ihnen nicht wirklich weh tun. Hier sei an das Wort eines preußischen Justizministers erinnert: Gebt den Richtern getrost ihre Unabhängigkeit, solange ich sie nur erkenne.

Eine Änderung zum Besseren kann wohl nur durch Aktivierung des Volkes selbst erfolgen im Wege von Bürgerbegehren und Volksentscheiden und durch Direktwahl von Amtsträgern wie Ministerpräsidenten und Bundespräsidenten.

Dadurch würde die Gewaltenteilung wiederhergestellt und Bürgernähe sowie politische Handlungsfähigkeit gefördert. Auch eine Reform des Wahlrechts ist wohl nur mittels Volksbegehren und Volksentscheid durchsetzbar. Dafür kommen vorläufig nur die Länder in Betracht, wo solche Formen direkter Demokratie bereits eröffnet sind. Ein Beispiel für ein bürgernahes Parlamentswahlrecht, das auf diesem Wege durchgesetzt wurde, bietet Hamburg.

Ähnlicher Systemfehler gibt es auch in anderen Bereichen, etwa in der Wirtschaft: Wegen Überkreuz-Besetzungen von Vorständen und Aufsichtsräten herrscht hier geradezu ein Paradies der Selbstbedienung. Auch hier kann dem Missbrauch nur durch Einbeziehung der eigentlichen Eigentümer entgegengewirkt werden. Doch solche Reformen in Wirtschaft und anderen Bereichen kann nur die Politik durchsetzen. Deshalb wurden das politische System und seine Mängel hier ausführlicher angesprochen.

Insgesamt analysiert das Buch in 82 in sich geschlossenen Texten Defizite und Auswüchse in unserem Land – sowie die Strategien der politischen und wirtschaftlichen Klasse zur Camouflierung der Lage und zur Verhinderung von Reformen. Der Themenkreis umfasst neben Politik und Verwaltung auch Gerichtsbarkeit und Wirtschaft sowie Verbände und Wissenschaft. Das ganz neue Format des Buches, das am Ende durch eine Zusammenfassung ergänzt wird, soll die Lektüre erleichtern. Der Leser braucht keine 400 Seiten durchzuarbeiten, um etwas mitzunehmen.